Freie Bürgervertretung Alsdorf

FBA - Fraktion

FBA Fraktion • Hubertusstr.17 • 52477 Alsdorf

Freie Bürgervertretung Alsdorf
Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf

Hubertusstr.17
52477 Alsdorf

Mobil: (0177) 70 70 384
E-Mail: kontakt@fba-alsdorf.de

An den Bürgermeister
der Stadt Alsdorf
Tim Krämer

Alsdorf, 23.01.2026

Antrag: Stufenweise Einrichtung eines Service- und Ordnungsstandortes im Bereich Denkmalplatz / Annapark

Beschlussvorschlag
Der Rat der Stadt Alsdorf beauftragt die Verwaltung,

1. die Umsetzbarkeit eines stufenweisen Projekts zur Stärkung von Sicherheit, Bürgernähe und Verwaltungsservice im Bereich Denkmalplatz / Annapark zu prüfen,
2. die einzelnen Projektstufen inhaltlich, organisatorisch und räumlich zu bewerten,
3. für jede Projektstufe einen realistischen Kostenrahmen sowie mögliche Finanzierungs- und Förderoptionen darzustellen
4. und dem Rat die Ergebnisse zur weiteren Beratung und Entscheidung vorzulegen, sobald die Verwaltung die Prüfungen abgeschlossen hat.

Projektstufe 1: Einrichtung einer Dependance des Ordnungsamtes im Bereich Denkmalplatz / Annapark

Zielsetzung
Zur unmittelbaren Verbesserung der Sicherheitslage, zur Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger sowie zur Erhöhung der ordnungsbehördlichen Präsenz im Innenstadtbereich soll zeitnah eine Dependance des Ordnungsamtes im Bereich Denkmalplatz bzw. Annapark eingerichtet werden.

Prüfauftrag
Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen:

- Einrichtung einer sichtbaren, niedrigschwelligen Anlaufstelle des Ordnungsamtes
- Festlegung klarer Präsenz- und Sprechzeiten
- Nutzung vorhandener oder kurzfristig verfügbarer Räumlichkeiten
- Verknüpfung mit Streifentätigkeit und präventiver Präsenz im Innenstadtbereich
- Stärkere lokale Zusammenarbeit mit dem Präsenzdienst der Polizei

Zielwirkung

- Schnelle Reaktionsfähigkeit bei ordnungsrelevanten Situationen
- Präventive Wirkung durch sichtbare Präsenz
- Erhöhung der Aufenthaltsqualität im Annapark und im Innenstadtbereich
- Wiedergewinnung des öffentlichen Raums, insbesondere für Familien
- Positive Auswirkung auf Raumkapazitäten im Rathaus

Projektstufe 2: Prüfung eines gemeinsamen Servicecenters für Bürgerdienste und Ordnungsamt am Annapark

Zielsetzung
Mittelfristig soll geprüft werden, ob wesentliche Bürgerdienstleistungen der Stadt Alsdorf gemeinsam mit dem Ordnungsamt in einer größeren, zentralen Liegenschaft im Bereich Annapark gebündelt werden können.

Ziel ist ein zentraler Service-Standort („One-Stop-Shop“) für Bürgerinnen und Bürger, an dem Anfragen gebündelt angenommen, gesteuert und – sofern möglich – direkt bearbeitet werden.

Inhaltliche Ausrichtung
Das Servicecenter soll insbesondere:

- als zentrale Annahme- und Lotsenstelle für Bürgeranliegen fungieren
- digitale und analoge Verwaltungsleistungen verbinden
- Bürgerinnen und Bürger bei der Nutzung digitaler Angebote aktiv unterstützen
- Verwaltungsabläufe effizienter, transparenter und serviceorientierter gestalten

Nicht jede Leistung muss vollständig vor Ort erbracht werden – entscheidend ist die Bündelung des Erstkontakts und der Verantwortung.

Prüfauftrag
Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen:

- geeignete Liegenschaften im Bereich Annapark
- organisatorische Zusammenführung von Frontoffice-Funktionen
- Personal- und Raumkonzepte
- digitale Infrastruktur- und Ausstattungsbedarfe
- mögliche Pilot- und Ausbaustufen
- Kosten- und Zeitrahmen, insbesondere im Hinblick auf Fördermittelakquise

---

Projektstufe 3: Prüfung weiterer öffentlicher Träger und Synergiepotenziale

Zielsetzung
In einem dritten Projektschritt soll geprüft werden, ob weitere öffentliche oder öffentlich-nahe Träger Interesse an einer Ansiedlung im Servicecenter Annapark haben und ob dadurch Synergieeffekte, Effizienzgewinne und Kosteneinsparungen erzielt werden können.

Mögliche Ansatzpunkte

- Gemeinsame Nutzung von Empfang, Wartebereichen und Infrastruktur
- Reduzierung mehrfacher Anlaufstellen im Stadtgebiet

- Optimierung von Miet-, Betriebs- und Personalkosten
- Verbesserte Erreichbarkeit für Bürgerinnen und Bürger

Ergebnis
Ziel ist die Entwicklung eines integrierten Service-Standortes, der Verwaltung modernisiert, Kosten perspektivisch senkt und Bürgernähe stärkt.

Fördermittelprüfung
Die Verwaltung wird ausdrücklich beauftragt, zu prüfen, ob und in welcher Kombination die nachfolgend genannten sowie weitere Förderprogramme für die Umsetzung eines Servicecenters im Bereich Annapark in Betracht kommen und welche Anpassungen des Projektzuschnitts erforderlich wären, um Fördervoraussetzungen zu erfüllen.

1. Städtebauförderung (Bund/Land NRW)
- Programme „Lebendige Zentren“ und „Sozialer Zusammenhalt“
- Förderfähig insbesondere:
    - Umbau und Herrichtung öffentlicher Gebäude
    - Stärkung von Zentren und Quartieren
    - Verbesserung der Aufenthaltsqualität
    - Niedrigschwellige soziale und administrative Infrastruktur

2. EU-Förderung (EFRE / European Urban Initiative – Innovative Actions)
- Förderfähig insbesondere:
    - Innovative Verwaltungs- und Servicekonzepte
    - Digitalisierung von Bürgerdiensten
    - Pilotprojekte zur Verbindung von Sicherheit, Service und Stadtentwicklung
    - Evaluation und Skalierbarkeit innovativer Lösungen

3. Digitale Infrastruktur- und Verwaltungsförderung
- Programme zur Gigabit- und digitalen Infrastrukturförderung
- Förderfähig insbesondere:
    - Glasfaser- und Netzanbindung
    - Digitale Serviceplätze und Bürgerterminals
    - Unterstützung der OZG-konformen Umsetzung digitaler Verwaltungsleistungen

---

Grundhaltung des Antrags
Dieser Antrag versteht den Bereich Denkmalplatz / Annapark als zentralen Ankerpunkt der Innenstadtentwicklung. Ziel ist es, Verwaltung, Ordnung und Service gezielt als stabilisierende und belebende Faktoren im öffentlichen Raum einzusetzen und damit einen nachhaltigen Beitrag zur Stärkung der Innenstadt zu leisten.

Die schrittweise Prüfung eines Servicecenters ermöglicht es, Verwaltung nicht isoliert, sondern als Teil einer integrierten Stadtentwicklungsstrategie zu betrachten, in der Aspekte wie Sicherheit, Aufenthaltsqualität und Nutzungsmischung sinnvoll miteinander verbunden werden. Das Vorhaben fügt sich dabei ausdrücklich in bestehende Standort- und Entwicklungskonzepte der Stadt ein.

Durch die Prüfung eines zentralen Service-Standortes im Bereich des Annaparks sollen zudem Synergien zwischen Verwaltungseinheiten sowie gegebenenfalls weiteren Institutionen oder Trägern öffentlicher Aufgaben identifiziert werden. Gemeinsame Infrastruktur, gebündelte Frontoffice-Strukturen und abgestimmte Abläufe bieten die Perspektive, Doppelstrukturen zu vermeiden, Ressourcen effizienter einzusetzen und langfristig Kosten zu senken, ohne dabei die Servicequalität zu beeinträchtigen.

Gleichzeitig eröffnet der Antrag die Perspektive, Verwaltung barriereärmer, verständlicher und zugänglicher zu gestalten – sowohl im persönlichen Kontakt als auch durch die gezielte Unterstützung digitaler Angebote. Langfristig kann so die Nutzung öffentlicher Dienstleistungen verbessert, die Aufenthaltsqualität im Innenstadtbereich gesteigert und ein sicherer, verlässlicher und gut erreichbarer Anlaufpunkt geschaffen werden.

Ein zentraler Service-Standort im Annapark kann perspektivisch als Schnittstelle zwischen digitaler und persönlicher Verwaltung fungieren: als Ort, an dem digitale Anträge erklärt, unterstützt und ergänzt werden und an dem Verwaltung zugleich sichtbar, ansprechbar und präsent bleibt.